

Aus der Sozialdemokratie.

Sozialdemokraten gegen die Erbschaftsteuer. Wir haben berichtet, daß im Haushaltsausschuß des Reichstages der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft — Eduard Bernstein — am 13. April nicht für den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Erbschaftsteuern gestimmt hat. Er sagte: Grundsätzlich sei er natürlich auch dafür, der Entwurf sei auch sehr gut ausgearbeitet, aber er trage Bedenken, ob man der Regierung Steuern entgegenbringen dürfe, die sie gar nicht verlangt habe, und eben deswegen schließlich und endlich — behalte sich seine Fraktion ihre endgültige Stellungnahme zum sozialdemokratischen Erbschaftsteuerantrag vor.

Söhnisch schreibt die sozialdemokratische „Münch. Post“ dazu:

„Hat man so was je erlebt? Vor vier Wochen zog die „Arbeitsgemeinschaft“ aus dem sozialdemokratischen Fraktionszimmer aus, um der staunenden Welt zu zeigen, wie man wirklich gute, echte, alte, prinzipienfeste sozialdemokratische Politik macht. Und nun, bei der ersten wichtigen grundsätzlichen Entscheidung zieht sich der Vertreter dieser Fraktion auf den entsagungsvollen Standpunkt zurück: „Wir sagen nicht so und nicht so, denn wenn wir so oder so sagten, könnte man sagen, wir hätten so oder so gesagt“. . . . Man hat eben Angst vor den „Ganzfesten“ und „Stellklaren“, die da sagen: „Es ist eine klägliche Halbheit, Kredite zu verweigern und Steuern zu bewilligen. Ihr müßt alle Steuern ablehnen, auch die im sozialdemokratischen Programm geforderten: Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer!“

Die „Münchener Post“ will es nicht glauben, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktion in den Rücken fallen könnte und Heydebrand damit einen „neuen, sehr wertvollen Bundesgenossen“ erhielte: „So können die alten Genossen, die sich in die sogenannte „Arbeitsgemeinschaft“ verrannt haben, das ABC der sozialdemokratischen Politik nicht verlernt haben, daß sie sich zu solchen Narrenspößen verleiten lassen können! So plump können alte erfahrene Fische nicht in die Falle tappen!“

Die radikale „Bremer Bürgerzeitung“ dagegen ruft: „Recht so, Bernstein“. Schließlich solle die Annahme des sozialdemokratischen Erbschaftsteuerantrages „den sozialdemokratischen Staatsmännern doch nur die schnellst erwünschte Möglichkeit bieten, erneut für den Reichsetat stimmen zu können.“ Dazu komme noch, „daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft die gegenwärtigen Steuervorlagen um ihres Zweckes willen insgesamt ablehnen muß, will sie nicht inkonsequent handeln und sich um den Kredit bringen, den sie bei den Massen erlangen will.“

„**Verleumder“ wider „Volksverräter“.** In Dresden haben am Mittwoch über die neuen Steuern der sozialdemokratische Reichstagsabg. Gradnauer, der Vertreter des Wahlkreises, und der „wilde“ Sozialdemokrat Reichstagsabg. Rühle gesprochen. Bei Gradnauers Rede entstand nach dem „Vorw.“ im ganzen Saale ein solcher Tumult, daß es dem Redner zehn Minuten lang nicht möglich war, zu sprechen.“ Diese Szenen wiederholten sich noch öfter.“ Dann wollte Rühle sprechen. „Ihm wurde jedoch — so schreibt der „Vorw.“ — zunächst durch lebhaften Zwischenrufe der Mehrheitsanhänger das Sprechen unmöglich gemacht. Als er dann einige Worte sagen konnte und mit der Feststellung der Tatsache begann, daß am 4. August 1914 unsere Fraktion durch Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien die Bahn des Sozialismus verlassen habe, sprang in großer Erregung Genosse Gradnauer auf und schrie Rühle zu: „Sie sind ein Verleumder!“ Rühle antwortete ihm: „Und Sie sind ein Volksverräter!“ Die Versammlung geriet in eine ungeheure Erregung, und der überwachende Beamte glaubte die Gelegenheit gekommen, die Versammlung auflösen zu müssen.“

„**Zur Sicherung der Reichstagsrechte**“ hat die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft zum Etat des Reichstags zwei Anträge eingebracht, von denen der eine Vorlesungen dagegen verlangt, daß die parlamentarische Redefrei-

heit beeinträchtigt wird, während der zweite die Sicherstellung wahrheitsgetreuer Berichte über die Reichstagsverhandlungen gegenüber der Zensur verlangt.